



Islamfeindlichkeit als verfassungsfeindliche Strömung

- **Die Politically Incorrect Gruppe München (PI-München) und der bayerische Landesverband der Partei DIE FREIHEIT schüren pauschale Ängste vor Muslimen**
- **Der Landesverband der Partei DIE FREIHEIT fordert Muslime auf, einzelne islamische Glaubensgrundsätze aufzugeben**

Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit als neue Form des politischen Extremismus

Die Stellung des Islam in Deutschland und seine Vereinbarkeit mit den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird kontrovers diskutiert. Anti-Islam-Positionen reichen von der – als Ausdruck der Meinungsfreiheit zulässigen – Islamkritik bis hin zur verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit. Kritik, die im Rahmen einer geistig-politischen Auseinandersetzung auf Gefahren eines politischen Islam für unsere Grundwerte hinweist, unterliegt nicht dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes. Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit im Sinne eines (Anti-Islam-) Extremismus liegt vor, wenn Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, insbesondere die uneingeschränkte Geltung von Grundrechten, beseitigt oder außer Geltung gesetzt werden sollen.

Bei der Politically Incorrect Gruppe München (PI-München) und dem Landesverband der Partei DIE FREIHEIT Bayern handelt es sich um verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen außerhalb des Rechtsextremismus. Sie sprechen gläubigen Muslimen das Existenzrecht in Deutschland mit der Begründung ab, dass der Islam – und nicht nur der Islamismus – eine große Gefahr für unsere Gesellschaft sei. Die Aktivitäten zielen darauf ab, pauschale Ängste vor Muslimen als nicht integrierbare „Ideologieanhänger“ zu schüren und alle Muslime allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als Feinde des Rechtsstaates zu verunglimpfen.



Bei der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit der PI-Gruppe München und des Landesverbands Bayern der Partei DIE FREIHEIT fehlen die für Rechtsextremismus typischen Ideologieelemente wie autoritäres Staatsverständnis, Antisemitismus, Rassismus oder die Ideologie der Volksgemeinschaft. Sie wendet sich nicht gegen Personen einer bestimmten

Herkunft oder Abstammung im Sinne einer rassistischen Minderwertigkeit, sondern gegen Mitbürger islamischer Religionszugehörigkeit unabhängig von deren Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus – nicht zuletzt also auch gegen deutsche Konvertiten.

Damit werden im Grundgesetz konkretisierte Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde (Art. 1 GG), das Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG) und die Religionsfreiheit (Art. 4 GG), verletzt. Ziel ist es, die Geltung dieser Grundrechte für Muslime, die aktiv ihren Glauben leben wollen, außer Kraft zu setzen bzw. zu beseitigen.

Aktivitäten des bayerischen Landesverbands der Partei „DIE FREIHEIT Bayern“

Die „Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – DIE FREIHEIT“ wurde am 28. Oktober 2010 und der Landesverband Bayern am 4. Juni 2011 gegründet. Gründungsmitglied des Landesverbandes Bayern war unter anderem Michael Stürzenberger. Nach internen Auseinandersetzungen über die Positionierung der Partei gegenüber dem Islam wurde Stürzenberger am 5. Februar 2012 zum Landesvorsitzenden gewählt. Der Landesverband besteht aus dem harten Kern der PI-Gruppe München, die inzwischen außerhalb der Partei DIE FREIHEIT kaum noch eigene Aktivitäten entfaltet. Stürzenberger selbst bezeichnete die PI-Gruppe München als das Kerngerüst des Landesverbandes.



Laut ihrem Grundsatzprogramm setzt sich DIE FREIHEIT mit aller Kraft gegen eine Islamisierung Deutschlands ein. Der Landesverband Bayern differenziert in seinen Verlautbarungen in der Regel nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als politischer Ideologie, sondern begreift den Islam als faschistoide Politikideologie. Der Koran wird als „das gefährlichste Buch der Welt“ verunglimpft. Auf seiner Internetseite fordert der Landesverband islamische Organisationen auf, umgehend in schriftlicher Form auf bestimmte Koranverse als Bestandteil der islamischen Glaubensgrundsätze dauerhaft zu verzichten und stellt den Islam als unvereinbar mit unserer Gesellschaftsordnung dar.

Bürgerbegehren gegen das ZIE-M als islamfeindliches Propagandainstrument



Derzeit sammelt der Landesverband Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen das „Zentrum für Islam in Europa – München“ (ZIE-M). Das Bürgerbegehren dient dabei sowohl im Internet als auch bei Veranstaltungen als Plattform für islamfeindliche Propaganda, die sich primär gegen die Religionsfreiheit richtet.

Das Bürgerbegehren selbst kann nicht auf eine verfassungsfeindliche Zielsetzung reduziert werden. Personen, die dieses Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen, werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet.